

Ein namentlich nicht ermittelter Mitarbeiter des "ZDF"-Büros in Berlin empfahl im Frühjahr 1981 einem DDR-Bürger, seine Übersiedlungersuchen an das MdI - nicht an den Staatsrat - zu richten und lediglich die Ständige Vertretung der BRD davon in Kenntnis zu setzen; von der Verbindungsaufnahme zu anderen Einrichtungen und Massenmedien des westlichen Auslandes riet er nachdrücklich ab.

- Die in der BRD existierende linksextremistische "KPD" (früher "KPD/ML") setzte ihre gegen die DDR gerichteten Provokationen fort; fünf BRD-Bürger - Anhänger bzw. Mitglieder dieser Organisation - ketteten sich am 21. 11. 1981 auf dem Berliner Alexanderplatz an, verbreiteten Flugblätter und ~~entfalteten ein Transparent, mit dem sie die Öffentlichkeit~~ auf angebliche "Verfolgung Oppositioneller in der DDR" aufmerksam machen und die DDR international unter Druck setzen wollten.
- Von den Organisationen, die unter dem Deckmantel des Kampfes für die Einhaltung und Verwirklichung der Menschenrechte subversive Angriffe gegen die DDR richteten, traten in Untersuchungsverfahren erstmals das sogenannte "Internationale SACHAROW-Komitee" und nach längerer Zeit wieder die "Hilfsaktion Märtyrerkirche" in Erscheinung.
- Die "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" (IGfM) entfernte als Reaktion auf zahlreiche öffentliche Kritiken aus den von ihr verwendeten "Vollmachten" den sogenannten "Haftungsausschluß" für die Folgen ihres Tätigwerdens. Sie ist außerdem dazu übergegangen, von den BRD-Kontaktpartnern übersiedlungswilliger DDR-Bürger Fotokopien des Schriftverkehrs mit dem Bundesministerium für "innerdeutsche Beziehungen" sowie den betreffenden DDR-Bürgern abzufordern.
- Der in der Jahresanalyse 1981 konstatierte Rückgang von Ermittlungsverfahren gegen Personen, die im Zusammenhang mit ihren Übersiedlungersuchen Straftaten begangen haben, setzte sich bis Jahresende nicht fort. Die Gesamtzahl des Jahres 1981 liegt mit 276 nur unwesentlich unter der des Vorjahres⁺.

⁺ Weitere Angaben vergl. Anlage 2